

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg

18. WP - Nr. 18/41

Europaausschuss

16. WP - 38. Sitzung

am Donnerstag, dem 1. November 2007, 17:00 Uhr,
im Rathaus der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg,
Rathausplatz 1, Zimmer 186

Protokoll

der öffentlichen Sitzung des Europaausschusses

Sitzungsdatum:	01. November 2007
Sitzungsort:	Hamburg, im Rathaus, Raum 186
Sitzungsdauer:	17:00 Uhr bis 19:06 Uhr
Vorsitz:	Abgeordneter Günter Frank (SPD)
Schriftführung:	Abgeordneter Rolf Harlinghausen (CDU)
Sachbearbeitung:	Frauke Bai

Tagesordnung:

1. Schwerpunkte der jeweiligen Europapolitik insbesondere:
 - Europäische Meerespolitik
 - Umsetzung Europäischer Sozialfonds (ESF) und Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)
 - Fehmarnbeltquerung und deren Konsequenzen für die Verkehrswege
 - Neues aus dem Hanse-Office
2. Weitere Zusammenarbeit zwischen dem Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages und dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft
3. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Günter Frank (SPD)
Abg. Rolf Harlinghausen (CDU)
Abg. Rüdiger Kruse (CDU)
Abg. Wolfhard Ploog (CDU)
Abg. Karin Rogalski-Beeck (SPD)
Abg. Manuel Sarrazin (GAL)
Abg. Jürgen Schmidt (SPD)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Rolf-Dieter Klooß (SPD)

III. Weitere Abgeordnete

Abg. Lydia Fischer (CDU)
Abg. Dr. Angelika Kempfert (CDU)
Abg. Herbert Winter (CDU)

IV. Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Abg. Rolf Fischer (SPD)
Abg. Ingrid Franzen (SPD)
Abg. Astrid Höfs (SPD)
Abg. Manfred Ritzek (CDU)
Abg. Peter Sönnichsen (CDU)

V. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Staatsrat Reinhard Stuth
SD Stefan Herms
Ang. Roland Freudenstein
Ang. Henrik Lesaar
ORR Dr. Antje Dräger

- Senatskanzlei-

SD Bernhard Proksch
RD Annegret Struck

- Behörde für Wirtschaft und Arbeit -

Techn.Ang. Jens Seute

- Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt -

VI. Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung Schleswig-Holstein

Minister für Justiz, Arbeit und Europa Uwe Döring
Pers. Referentin Katharina Kriston

VII. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Frauke Bai

VIII. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Landtagsverwaltung

Thomas Wagner
Jutta Schmidt Holländer

IX. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

Bis zu 10 Personen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende die Anwesenden, insbesondere die Vertreterinnen und Vertreter des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages sowie den Minister für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein Herrn Uwe Döring.

Zu TOP 01

Europäische Meerespolitik

Der Vorsitzende bat die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierungen um einen aktuellen Sachstandsbericht.

Minister Uwe Döring berichtete, dass die schleswig-holsteinische Landesregierung im Juni dieses Jahres den Beschluss gefasst habe, die Arbeit der bereits existierenden Landesinitiative Zukunft Meer im Sinne des integrierten Politikansatz der Europäischen Union fortzuführen. Das bedeute, dass die Themen der maritimen Politik zwar unter der Federführung einer Behörde, aber ressortübergreifend unter Einbeziehung der von den Politikfeldern jeweils betroffenen Behörden bearbeitet würden. Zielsetzung unter gleichzeitiger Sicherstellung des maritimen Umweltschutzes sei es, die maritime Wirtschaft zu entwickeln und Arbeitsplätze im maritimen Sektor zu schaffen sowie zu erhalten. Im September dieses Jahres sei dazu ein umfassender Bericht über die vielfältigen Aktivitäten der Landesregierung sowohl in Berlin als auch in Brüssel an den Schleswig-Holsteinischen Landtag gegeben worden. Die norddeutsche Zusammenarbeit gestalte sich sehr gut. Dies habe u.a. bewirkt, dass sich die Bundesregierung gegenüber dem Thema Meerespolitik inzwischen sehr viel weiter geöffnet habe, als es noch vor ca. einem Jahr vorstellbar gewesen sei. Trotzdem falle die erste Bewertung des im Oktober vorgestellten Aktionsplans der EU-Kommission eher verhalten aus, da er wenig Konkretes, sondern vielfach nur Ankündigungen für künftige Arbeiten, Richtlinien und Empfehlungen enthalte. Deshalb hätten sich die norddeutschen Länder darauf verständigt, unter der Federführung Schleswig-Holsteins eine Bundesratsinitiative zu entwickeln, mit Hilfe derer die Bundesregierung gebeten werden solle, vonseiten der Europäischen Kommission zugig ein konkretes Arbeitsprogramm einzufordern.

Positiv sei, fuhr Minister Uwe Döring fort, dass die Europäische Kommission das Problem der Schiffsemissionen in den Häfen aufgegriffen habe. Dies sei wegen der durch den starken

Fährverkehr verursachten massiven Umweltbelastungen in Lübeck-Travemünde besonders im Sinne Schleswig-Holsteins. Im Bau befinde sich zurzeit schon eine Landstromanbindung, damit die Fähren zumindest während ihrer Liegezeiten im Hafen ihre Dieselgeneratoren abstellen und mit Strom versorgt werden könnten. Die Bundesregierung bemühe sich darum, im Europäischen Rat eine Ausnahmegenehmigung zu erwirken, um diesen Strom - wie den Schiffsdiesel - von der Steuer befreien zu können. Positive Signale habe es aus Brüssel bereits gegeben. In Schleswig-Holstein werde im Übrigen basierend auf dem europäischen, ein eigener Aktionsplan entwickelt.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter schlossen sich den Ausführungen des Ministers insbesondere hinsichtlich der gestärkten Wahrnehmung der Meerespolitik in Brüssel und Berlin vollinhaltlich an. Zwischenzeitlich hätten sogar die süddeutschen Länder dieses Thema für sich entdeckt, indem sie nicht müde würden zu betonen, dass erhebliche Wertanteile im Schiffbau und in der Schiffstechnologie von süddeutschen Firmen erbracht würden. In der 44. Kalenderwoche dieses Jahres sei in Brüssel eine gemeinsame Veranstaltung aller fünf norddeutschen Länder mit Vertreterinnen und Vertretern aus dem Europäischen Rat, der Kommission und dem Parlament durchgeführt worden, in der noch einmal präzisiert worden sei, dass es im Bereich der Schiffsemissionen hauptsächlich um die Reduzierung des Schadstoffausstoßes der Schiffe, die Einbeziehung der Schiffe in den Emissionshandel sowie der Landstromversorgung ginge. Vor kurzem habe Staatsrat Reinhard Stuth im Übrigen - da Slowenien als nächstes die EU-Präsidentschaft übernehme - den slowenischen Botschafter aufgesucht, um ihn ebenfalls für die norddeutschen Themen der Meerespolitik und der Schiffsemissionen zu sensibilisieren. Trotz der gemeinsamen Aktivitäten der norddeutschen Länder, setze jedes Bundesland selbstverständlich weiterhin seine eigenen Schwerpunkte. Es sei naheliegend, dass Hamburg dabei einen besonderen Wert auf die Situation der Häfen mit der dazugehörenden Hinterlandanbindung lege.

Die Hamburger SPD-Abgeordneten stellten fest, dass Schleswig-Holstein mit der Landstromversorgung der Schiffe sehr viel weiter sei als Hamburg und fragten, ob es seit der letzten Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage - Drucksache 18/5807 -, in der der Senat die Technik wegen fehlender Kompatibilität als nicht geeignet bezeichnet habe, einen neuen Sachstand gebe. Außerdem erkundigten sie sich, ob Hamburg ähnlich wie Schleswig-Holstein einen eigenen Aktionsplan entwickelt habe.

Der GAL-Abgeordnete interessierte sich für die Bewertung der erreichten Ziele zu den Problemfeldern Eutrophierung und Fischereifangquoten und nach dem weiteren Vorgehen.

Die Hamburger CDU-Abgeordneten wiesen darauf hin, dass es nicht nur wichtig sei, Ideen und Programme zu entwickeln, sondern auch deren Finanzierbarkeit sicherzustellen und fragten, wie Schleswig-Holstein dies bewerkstellige.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter führten aus, dass eine Landstromversorgung bei Fähren, die immer wieder dieselben Häfen anliefen, einfacher zu realisieren sei, als bei den vielen verschiedenen Containerschiffen aus allen Ländern der Welt, die im Hamburger Hafen anlegten. Sie bestätigten aber, dass an der entsprechenden Technik gefeilt werde und Gespräche mit den Reedereien aufgenommen worden seien. Möglicherweise könnte es gelingen, dafür Mittel aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm zu mobilisieren. Die Gespräche würden von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit geführt und eine Berichterstattung werde zu Protokoll nachgereicht. Zur Frage nach einem Hamburger Aktionsplan erklärten sie, dass der Senat sehr konkrete Vorstellungen davon habe, auf welche Bereiche in der Meerespolitik er sich konzentrieren werde. Beispielhaft seien hierzu die Themenfelder Schiffsemissionen, Einbeziehung in die Klimapolitik, Sedimentmanagement und Ausbildung der Seeleute zu nennen. In den Europapolitischen Schwerpunkten, die der Senat voraussichtlich noch im Dezember dieses Jahres beschließen werde, werde dazu aber ausführlich eingegangen.

Die Hamburger SPD-Abgeordneten regten an, sich bei der Landstromversorgung zunächst auf den Kreuzfahrterminal zu konzentrieren.

Minister Uwe Döring bestätigte, dass sich die Voraussetzungen in Lübeck-Travemünde, wo zurzeit das Pilotprojekt zur Landstromversorgung realisiert werde, etwas anders darstellten, als in Hamburg. Es gebe zurzeit noch keine Normung für die Landstromversorgung, sondern viele unterschiedliche Systeme. Deshalb wäre eine Anwendung am Kreuzfahrterminal, der von vielen verschiedenen Schiffen angelaufen werde, zurzeit noch problematisch. Für Travemünde sei in Zusammenarbeit mit dem Germanischen Lloyd ein System entwickelt worden, das von einer Person zu bedienen sei, und für das sich eine finnische Fährreederei gefunden habe, die die Bereitschaft zur Zusammenarbeit gezeigt habe und in ihrem Fährhafen durch Installation einer baugleichen Anlage ebenfalls die Voraussetzungen für die Landstromversorgung schaffe. Für einen Durchbruch dieser Technologie würde aber erst eine Normung sorgen.

Die Ausbildung der Seeleute, so Minister Uwe Döring weiter, sei im schleswig-holsteinischen Aktionsplan nicht enthalten, weil diese Problematik global bzw. zumindest auf europäischer Ebene angegangen werden müsse. Im Aktionsplan werde lediglich die Forderung erhoben, auf europäischer Ebene arbeitsrechtliche Regelungen für die Seeleute zu schaffen, denn die Anwendung der modernsten Schiffssicherheit sei hinsichtlich der Meeressicherheit nur erfolgreich, wenn die Besatzungsmitglieder über hinreichende Kenntnisse für die Anwendung dieser Technik verfügten. 80 Prozent der Schiffsunfälle seien auf menschliches Versagen zurückzuführen und wenn der weltweit vorherrschende Mangel an qualifiziertem Personal nicht behoben werde, werde dies zu massiven Problemen bei der Schiffssicherheit führen.

Zum Problem der Eutrophierung wies Minister Uwe Döring darauf hin, dass 80 Prozent der Einträge ins Meer vom Land zugeführt würden. Deshalb bedürfe es, wenn der integrierte Ansatz in der Meerespolitik ernst genommen werde, auf jeden Fall - sowohl europäisch, aber auch national - unbedingt einer Einbeziehung der Agrarpolitik. Die erzielten Ergebnisse bei der Fischereiquote seien für Schleswig-Holstein von großer Bedeutung, aber unzufriedenstellend ausgefallen, vor allem für den östlichen Bereich der Ostsee. Schleswig-Holstein erwarte von der Europäischen Kommission deshalb zumindest bei der Überwachung konsequentes Handeln, insbesondere gegenüber den neuen Mitgliedstaaten.

Die Finanzierung von Programmen erfolge in Schleswig-Holstein mit den im Rahmen der vorhandenen Förderstruktur zur Verfügung stehenden Mitteln. In den Aktionsplan seien neben den Themen Aquakultur in geschlossenen Kreisläufen, Blaue Biotechnologie, Offshore-Windkraft und Marine-Beobachtungssysteme, die der Feststellung von Veränderungen in den Meeren dienen, aufgenommen worden. Zu letzterem gehöre z.B. die Forschung im Bereich der Gashydrate. Die im Meeresboden befindlichen Methangashydrate verfügten schätzungsweise über ein doppelt so hohes Energievolumen wie die bekannten Öl- und Gasvorkommen an Land. Mit dem Versuch, diese Gashydrate zu bergen, setze sich das Leibniz-Institut für Meereswissenschaften (IFM-GEOMAR) in Kiel bereits intensiv auseinander.

Die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten rieten bei der Weiterentwicklung der Landstromversorgung dringend zu einer intensiven Zusammenarbeit von Hamburg und Schleswig-Holstein, damit diese Technik möglichst bald nutzbringend eingesetzt werden könne. Außerdem regten sie an, die nächste gemeinsame Sitzung in Lübeck-Travemünde stattfinden zu lassen, um sich vor Ort eingehender mit der Landstromversorgung auseinandersetzen zu können.

Die Hamburger CDU-Abgeordneten erinnerten an die Ausführungen von Minister Uwe Döring, der darauf hingewiesen habe, dass prioritär für die Schaffung eines einheitlichen Systems und die Einführung einer Norm für diese Technik gesorgt werden sollte.

Der GAL-Abgeordnete fragte, ob die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein bereit wären, auf Bundesebene eine Modulation der Verteilung der Agrarfördermittel zugunsten der ökologischen Landwirtschaft anzuregen oder auf EU-Ebene eine neue Diskussion zu initiieren, um eine Verringerung der durch die Landwirtschaft verursachten Meeresinträge zu erreichen.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter antworteten, dass der Einfluss Hamburgs auf die Gestaltung der Agrarpolitik sehr begrenzt sei. Außerdem gaben sie zu bedenken, dass eine Verpflichtung der Kreuzfahrtschiffe, aber auch der Containerschiffe, die Landstromtechnik zu nutzen und auf den Schiffen die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, eine abschreckende Wirkung entfalten und zu einer Meidung des Hamburger Hafens führen könnte.

Der GAL-Abgeordnete meinte, dass eine Zusammenarbeit unter den norddeutschen Flächenländern und eine gemeinsame Initiative für eine Stärkung des ökologischen Landbaus die Erfolgsaussichten verbessern könnten. Mindestens sollte erwirkt werden, dass in Deutschland die nach der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bereits vorhandenen Möglichkeiten zur Förderung des ökologischen Landbaus komplett ausgeschöpft würden.

Die schleswig-holsteinischen CDU-Abgeordneten warnten davor, der Einführung einer neuen Technik wie der Landstromversorgung von vornherein negativ zu begegnen. Die norddeutschen Küstenländer sollten dies vielmehr als Chance verstehen, eine führende Position bei der Schaffung und Einführung einer neuen Technologie - vor allem auch im Sinne der Klimaschutzpolitik - einzunehmen. Eine weitere Herausforderung könnte die Entwicklung einer verbrauchsärmeren Schiffsmotorenteknik darstellen.

Die Hamburger SPD-Abgeordneten unterstrichen letzteres und brachten ihr Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass sich die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter im Gegensatz zu den Vertreterinnen und Vertretern Schleswig-Holsteins der neuen Technologie gegenüber versperren und es sie u.a. auch ungerührt lasse, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der HafenCity den Schiffsemissionen in unmittelbarer Nähe ausgesetzt seien. Auch bei der Entwicklung umweltschonenderer Motoren wäre eine Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein sehr zu begrüßen.

Minister Uwe Döring wies darauf hin, dass das Problem der Schiffsemissionen im Gegensatz zu dem Schadstoffausstoß beim Luft- und Landverkehr bislang weltweit unterschätzt worden sei. Um die Dimensionen zu verdeutlichen, führte er an, dass beispielsweise der Anschluss einer Fähre im Hafen an ein Landstromkabel dieselbe Wirkung wie die Stilllegung von 150 000 Dieselfahrzeugen hätte. Dennoch handele es sich bei der Landstromversorgung in dem Gesamtthemenkomplex um eine Nische, weil dadurch nur Probleme in den Häfen, aber nicht auf See gelöst würden. Hierzu gebe es aber mit dem Bestreben einer Schadstoffminderung im Dieselmotorkraftstoff oder der Entwicklung anderer Antriebsarten für Schiffe bereits einige Initiativen. Darüber hinaus werde in Lübeck-Travemünde zurzeit ein Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit norwegischen Gasunternehmen zum Einsatz von Flüssigerdgas als Schiffskraftstoff, eine Technologie, die insbesondere für Kreuzfahrtschiffe interessant sein könnte, gestartet. Das Land strebe dafür eine Förderung des Projekts mit INTERREG-Mitteln an.

Die schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten wiesen darauf hin, dass es für eine nennenswerte Minderung der landwirtschaftlichen Einträge ins Meer nicht ausreiche, die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe zu erhöhen. In Schleswig-Holstein liege der Anteil des ökologischen Landbaus trotz zehnjähriger rotgrüner Landesregierung nach wie vor nur bei drei bis vier Prozent. Um entscheidende Verbesserungen zu erreichen, bedürfe es erst einmal deutlicher Veränderungen in der konventionellen Landwirtschaft.

Die SPD-Abgeordneten zeigten sich überzeugt, dass es sich bei der Landstromversorgung eine zukunftsfähige Technologie handele, für die sukzessive aber nachdrücklich die notwendigen technischen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden müssten, um das

Ziel, dass kein Schiff einen deutschen Hafen anlaufe, ohne gezwungen zu sein, seinen Strom während der Liegezeiten von Land zu beziehen, zu erreichen.

Die schleswig-holsteinischen CDU-Abgeordneten regten an, über die Einrichtung eines gemeinsamen Lehrstuhls und eines eigenen Studiengang für die integrierte Meerespolitik an den Universitäten in Schleswig-Holstein und Hamburg zu diskutieren.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter nahmen diesen Vorschlag interessiert auf und lobten gleichzeitig die gute norddeutsche Zusammenarbeit im Bereich der Seeleuteausbildung. Zur Schadstoffbelastung durch die Schiffsemissionen betonten sie, dass das Problem nicht nur vom Senat, sondern auch von den Reedereien bereits erkannt sei. Die Problemlösung müsse mit Hilfe vieler Einzelmaßnahmen gefunden werden. Geschehen sollte dieses zwar möglichst über eine Regelung durch die International Maritime Organization (IMO), aber wenn diese untätig bleibe, auch im Alleingang über die Europäische Union.

Umsetzung Europäischer Sozialfonds (ESF) und Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter berichteten, dass der Senat sein operationelles ESF-Programm am 15. März 2007 zur Genehmigung eingereicht und die letzte Nachbesserung im September 2007 vorgenommen habe. Seit dem 31.10.2007 sei bekannt, dass das Programm dem zuständigen EU-Kommissar genehmigungsreif zur Unterschrift vorliege. Mit der Erteilung der endgültigen Genehmigung sei bis spätestens Anfang Dezember 2007 zu rechnen. Im Volumen werde das neue ESF-Programm mit 91 Mio. Euro um 59 Mio. geringer ausfallen als das der laufenden Förderperiode, was zu anderen Schwerpunktsetzungen bei der Förderung führen werde.

Parallel zum Genehmigungsverfahren habe der Senat seine Vorbereitungen für einen möglichst nahtlosen Übergang von der alten in die neue Förderperiode geschaffen. Dazu sei gemeinsam mit den betroffenen Fachbehörden im Rahmen eines Interessensbekundungsverfahrens eine Leistungsbeschreibung mit inhaltlichen Schwerpunkten erarbeitet worden. Von den 199 eingegangenen Angeboten seien 76 Träger ausgewählt und aufgefordert worden, entsprechend ihre Anträge einzureichen. Mit der nachrangigen Finanzierung habe die Europäische Kommission im Vergleich zu der laufenden Förderperiode eine Umstellung vorgenommen. Daher habe der Senat kürzlich zur haushaltsrechtlichen Sicherstellung der von der Freien und Hansestadt Hamburg künftig zu leistenden Vorfinanzierung die Drucksache 18/7144 beschlossen und in die Bürgerschaft eingebracht.

Minister Uwe Döring führte aus, dass ihm seit Ende Juni 2007 ein genehmigtes operationelles ESF-Förderprogramm vorliege und die ersten Bewilligungen bereits erteilt worden seien. Auch in Schleswig-Holstein sei das neue Förderprogramm mit 100 Mio. Euro um 80 Mio. Euro geringer ausgefallen als das der vorherigen Periode. Schleswig-Holstein werde mit einem Einsatz 58 Prozent der Mittel den Schwerpunkt auf die Verbesserung des Humankapitals setzen, denn es verließen 10 Prozent der Schulabgänger im Land die Schulen ohne verwertbaren Abschluss. Weil die Eingliederung der jungen Menschen in das Arbeitsleben große Probleme bereite, sei es u.a. geplant, bereits in den achten Klassen der Förder- und Hauptschulen die Berufsfähigkeit flächendeckend mit Mitteln aus dem ESF zu stärken.

Die Europaministerkonferenz, deren Vorsitzender er derzeit sei, fuhr Minister Uwe Döring fort, setze sich bereits jetzt mit der Zeit nach 2013 auseinander, denn vermutlich sei in der übernächsten Förderperiode von einer weiteren Reduzierung der Fördermittel auszugehen, da dann voraussichtlich die neuen Mitgliedsstaaten stärker bedacht würden. Für das EFRE-Förderprogramm liege die Genehmigung seit dem 15. Juli 2007 für ein Mittelvolumen in Höhe von 374 Mio. Euro vor.

Der GAL-Abgeordnete fragte, inwieweit die gegen die Opposition aufgrund eines bürgerchaftlichen Ersuchens beschlossene politische Ausrichtung des ESF-Förderprogramms in

dem vom Senat vorgelegten operationellen Programm Berücksichtigung gefunden habe. Die Auslobung eines Wettbewerbs zur Verteilung der ESF-Mittel sei grundsätzlich sehr zu begrüßen. Es seien aber Vermutungen laut geworden, es habe sich um keinen echten Wettbewerb gehandelt, weil die Behörde für Wirtschaft und Arbeit (BWA) nicht allen Trägern die gleichen Chancen eingeräumt habe, sondern über die Vergabe der Fördermittel bereits im Rahmen von Vorgesprächen entschieden habe.

Die SPD-Abgeordneten bezeichneten das EFRE-Fördermittelvolumen mit 374 Mio. Euro, das Schleswig-Holstein bewilligt bekommen habe, im Vergleich zu den 35,5 Mio. Euro als sehr beachtlich und erklärungsbedürftig. Dann wollten sie wissen, warum in Hamburg nur 35 Prozent der Fördermittel für die Verbesserung des Humankapitals eingesetzt würden, obwohl der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne verwertbaren Abschluss verließen, in Hamburg mit 13 Prozent noch höher sei als in Schleswig-Holstein. Außerdem interessierte sie, warum die Genehmigung des operationellen Programms für Schleswig-Holstein soviel zeitiger erfolgt sei, als für das Hamburg.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter führten aus, dass sich das ersuchensgemäße Ziel einer wirtschaftsnahen Schwerpunktsetzung z.B. in der 25prozentigen Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen widerspiegelten. Erhöht worden sei auch der Anteil für Existenzgründungen und die nachsorgende Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen, alles verbunden mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen und diese mit den geeigneten Kräften besetzen zu können. Zur Förderung des Humankapitals gebe es in Hamburg unabhängig von der ESF-Förderung weitere Programme, wie z.B. das Jugendsofortprogramm mit 1500 Plätzen.

Der Wettbewerb zur Verteilung der ESF-Mittel sei sehr offen gestaltet worden und es seien viele gute Angebote eingereicht worden, die in der ersten Tranche unmöglich alle bewilligt werden könnten. Die Auswahl der Träger sei von den behördenübergreifenden Auswahlkommissionen sehr sorgfältig und mit viel Gewicht auf die Qualität der Angebote erfolgt. Daher sei der Vorwurf angeblicher Bevorzugungen einiger Träger entschieden zurückzuweisen. Für Ende Januar sei aber auch noch eine Evaluierung des Verfahrens vorgesehen. Die Frage, warum Schleswig-Holstein die Bewilligung schneller als Hamburg erhalten habe, sei nicht genau zu beantworten. Möglicherweise sei die Ursache in den Kapazitätsengpässen bei der Europäischen Kommission zu suchen, die alle Anträge zur selben Zeit zu bearbeiten habe. Hamburg habe weder einen inhaltlichen Dissens mit der Europäischen Kommission gehabt noch Fristen versäumt. Wegen der beschriebenen parallelen Vorbereitung behindere die späte Genehmigung die Vergabe der Zuwendungen in Hamburg aber nicht.

Die CDU-Abgeordneten fragten, ob in anderen Bundesländern im Vertrauen auf eine erfolgreiche Genehmigung des operationellen Programms schon vorab Bewilligungen erteilt worden seien.

Minister Uwe Döring wies darauf hin, dass dieses in Schleswig-Holstein nicht geschehen sei. Der Grund, warum Schleswig-Holstein im Gegensatz zu Hamburg bereits seit längerem mit einem genehmigten Programm arbeiten könne, sei darin zu suchen, dass Hamburg auf den Bund vertraut habe, während Schleswig-Holstein von Anfang an unabhängig vom Bund selbstständig tätig geworden sei und sein Programm deshalb zeitiger in Brüssel zur Genehmigung habe vorlegen können. Ursprünglich sei die Aufstellung eines gemeinsamen operationellen Programms für Deutschland geplant gewesen, von dessen Umsetzung der Bund später wieder Abstand genommen habe.

Der GAL-Abgeordnete führte an, dass die ursprünglich vorhandene Förderlücke habe dadurch geschlossen werden können, dass Hamburg zusätzlichen Mittel erhalten habe, weil der Bund nicht in der Lage gewesen sei, die Kofinanzierung für seine ESF-Mittel sicherzustellen. Es wäre wünschenswert, wenn dieser nahtlose Übergang auch von der nächsten in die übernächste Förderperiode gelänge.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter entgegneten, dass es für konkrete Aussagen zum Jahr 2013 noch zu früh sei, der Senat sich aber bemühen werde, einen Förderknick zu vermeiden. Die Sorge, dass Hamburg in der übernächsten Förderperiode voraussichtlich deutlich weniger Fördermittel bewilligt bekomme, sei berechtigt.

Fehmarnbeltquerung

Die Hamburger SPD-Abgeordneten fragten die Regierungen Schleswig-Holstein und Hamburg nach ihrer Haltung gegenüber der festen Fehmarnbeltquerung und nach deren Konsequenzen für die Verkehrsverbindung Hamburg - Lübeck.

Minister Uwe Döring und die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter bejahten in Vertretung für ihre jeweiligen Landesregierungen das Interesse an der festen Fehmarnbeltquerung. Für die Umsetzung bedürfe es allerdings noch der notwendigen Beschlüsse in den jeweiligen nationalen Parlamenten, was im nächsten Jahr hoffentlich geschehen werde.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter ergänzten, sie gingen von einer Umsetzung der bisherigen Vereinbarungen aus und sähen es deshalb nunmehr als ihre Aufgabe an, die Hinterlandanbindung sicherzustellen. Da es sich bei Skandinavien um eine absolute Wachstumsregion handle, würde der Verkehr dorthin aber auch unabhängig von der festen Fehmarnbeltquerung zunehmen und einen Ausbau der Verkehrswege bedingen.

Minister Uwe Döring erläuterte, dass nach dem derzeitigen Zeitplan für Dezember 2007 ein Vertragsabschluss zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark geplant sei. Die Ratifizierung durch die beiden Parlamente sei für 2008 vorgesehen. Mit der Fertigstellung der festen Querung sei im Jahr 2018 zu rechnen. Nach der jetzigen Vereinbarung werde die Finanzierung in Höhe von 400 Mrd. Euro über eine Staatsgarantie von Dänemark übernommen. Für die Hinterlandanbindung auf der deutschen Seite sei mit Kosten in Höhe von 840 Mio. Euro zu rechnen. Schleswig-Holstein werde für infrastrukturelle Maßnahmen 60 Mio. Euro aufwenden müssen. Da aufgrund von Prognosen im Ostseeraum von einem Wachstum in Höhe von 55 Prozent beim Güter- und 50 Prozent im Personenverkehr im Vergleich zwischen 2001 und 2015 auszugehen sei und es voraussichtlich zu einer stärkeren Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene kommen werde, müsse rechtzeitig bis dahin eine Anpassung der verkehrlichen Infrastruktur in Angriff genommen werden. Seiner Einschätzung nach werde Hamburg als Metropolregion erheblich von der festen Fehmarnbeltquerung profitieren, einigen Kritikern in Schleswig-Holstein zufolge sogar stärker als das Nachbarland. Von einer Zunahme des Schienenverkehrs sei auf jeden Fall auszugehen.

Der GAL-Abgeordnete wies darauf, dass Hamburg unabhängig von der Fehmarnbeltquerung ein großes Interesse an einer Hinterlandanbindung in den Ostseeraum, aber auch in andere zentraleuropäische Bereiche - z.B auf der Schiene nach Polen - haben müsse.

Die CDU-Abgeordneten fragten, wie in Schleswig-Holstein mit den Befürchtungen, die Fehmarnbeltquerung würde Arbeitsplatzverluste in der Fährschifffahrt oder der Tourismusbranche verursachen, umgegangen werde.

Minister Uwe Döring antwortete, dass eine feste Fehmarnbeltquerung für Schleswig-Holstein sowohl Risiken als auch Chancen in sich berge. Seiner Einschätzung nach werde der Tourismus durch mehr Reisen von Skandinavien nach Deutschland aber langfristig eher gestärkt als geschwächt.

Neues aus dem Hanse-Office

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter lobten die hervorragende Arbeit des Büros in Brüssel grundsätzlich, aber insbesondere auch in der Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein, für die es keinerlei Verbesserungsbedarf gebe. Für das gemeinsame Hanse-Office

in St. Petersburg sei Kabinettsvertretern des Landes Mecklenburg-Vorpommern kürzlich das Angebot einer Beteiligung angeboten worden.

Minister Uwe Döring unterstrich die Ausführungen der Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter mit dem Hinweis, dass derzeit Bemühungen unternommen würden, das Schleswig-Holstein-Büro in Danzig ebenfalls in ein Hanse-Office umzuwandeln. Während Hamburg die Federführung und Finanzierung für das Hanse-Office in St. Petersburg innehabe, würden Schleswig-Holstein diese Aufgaben für das Büro in Danzig obliegen.

Der GAL-Abgeordnete begrüßte die Absicht Hamburgs, sich am Büro in Danzig zu beteiligen.

Die schleswig-holsteinischen CDU-Abgeordneten fragten, ob auch an die Einrichtung eines Hanse-Offices in Kaliningrad gedacht sei.

Die Hamburger SPD-Abgeordneten fragten, wie die Bürgerschaft bei einer Beteiligung bzw. Einrichtung eines Büros einbezogen werde.

Die Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter erklärten, sie stünden der Einrichtung weiterer Büros, ohne bereits einen konkreten Standort nennen zu können, aufgeschlossen gegenüber. Die Bürgerschaft werde zu gegebener Zeit, spätestens bei finanziellen Auswirkungen für die Freie und Hansestadt Hamburg, beteiligt.

Zu TOP 02

Der Vorsitzende stellte fest, dass sich die regelmäßigen gemeinsamen Sitzungen bewährt hätten und daran festgehalten werden sollte. Er sprach sich dafür aus, die Planungen für die abgesagte gemeinsame Reise nach Brüssel zu gegebener Zeit wieder aufzunehmen. Über eine Intensivierung der Zusammenarbeit und eine eventuelle Einbeziehung Mecklenburg-Vorpommerns könnte bei einer der nächsten Treffen diskutiert werden.

Zu TOP 03

Terminabsprachen

Die beiden Ausschussvorsitzenden erinnerten ihre Ausschussmitglieder an die in Kürze jeweils anstehenden Termine.

Der Vorsitzende bedankte sich bei den Vertretern Schleswig-Holsteins für ihr Erscheinen und wünschte ihnen einen angenehmen Heimweg.

Günter Frank (SPD)
(Vorsitz)

Rolf Harlinghausen (CDU)
(Schriftführung)

Frauke Bai
(Sachbearbeitung)